

Der freie Schwarzwälder

Mildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Wertags

Telephon Nr. 41



| | |
|--|--|
| Bezugspreis monatlich 90 Pfg. Durch die Post im Nachbarortswesen 2 3/4 M. in Württemberg 2 5/8 M. vierstündlich. Neue Bestellschein 30 Pfg. Druck und Verlag der G. Hofmann'schen Buchdruckerei (Inhaber: G. Reinhardt) für die Redaktion verantwortlich: G. Hum. Wildbad | Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Zeile über deren Raum Reklame 25 Pfg. die Zeile Bei Anzeigen, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Anzeigebogen 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg. |
|--|--|

Nr. 106

Mittwoch, den 7. Mai 1919

36. Jahrgang

Wird Oberschlesien verloren gehen?

Die Polen geben sich alle Mühe, in den Besitz Oberschlesiens zu kommen, und sie finden dabei die verständigste, eifrige Unterstützung besonders der Franzosen. In einem großen Teil des deutschen Volks aber hat man gar keine klare Vorstellung davon, was der Verlust Oberschlesiens für den Staat bedeuten würde. Wir haben den Wert der Steinkohle eigentlich erst durch den Krieg recht lernen gelernt; ohne Kohle ist für uns weder eine blühende Industrie noch ein lebenskräftiger Außenhandel denkbar. Aus dieser Erkenntnis heraus hat nicht zuletzt der laute Protest gegen die französischen Annexionspläne auf das Saargebiet Widerhall gefunden. Doch das Saarrevier förderte in den letzten Jahren — die Förderung geht ständig zurück — nur durchschnittlich 9 Millionen Tonnen, während Oberschlesien jährlich rund 42 Millionen zur Verfügung stellt, d. h. den vierten Teil der gesamten deutschen Förderung. Die Vorkommen haben aber ergeben, die in Oberschlesien die mächtigsten Steinkohlenlager, die Europa überhaupt besitzt, zu finden sind, und zwar in einer der besten englischen Kohle gleichwertigen Beschaffenheit. Auf 165 Milliarden Tonnen sind die Steinkohlenvorkommen des preussischen Oberschlesiens berechnet worden, unter Zugrundelegung der jetzigen Förderung reicht die abbaufähige Kohle für 1600 Jahre. Die ober-schlesischen Kohlenlager haben einen Wert von über 1500 Milliarden M. Diese Zahl sagt alles.

Außer Steinkohlen ruhen in der ober-schlesischen Erde noch reiche Eisenschätze. Wenn auch die Förderung zurückgeht, werden jährlich doch noch rund 150000 Tonnen Erze abgebaut. Sehr bedeutend ist der Blei- und Zinkergbau, der ein Viertel der gesamten deutschen Erzeugung beträgt; die Vorkäte an Galmei, Zinkblende und Bleierz reichen noch auf Jahrzehnte hinaus. 17,4 Prozent der Weltproduktion an Zink liefert Oberschlesien. Mehr als 60 Steinkohlen- und 10 Eisenerzgruben und über 20 Zink- und Bleierzgruben hat Deutschland mit Oberschlesien zu verlieren. Doch damit nicht genug. Die reichen Bodenschätze begünstigen das Entstehen einer gewaltigen Industrie, die unmittelbar hinter der rheinisch-westfälischen steht. Ingeheim repräsentiert der Wert der ober-schlesischen Produktion im Jahre rund eine Milliarde M!

Unter Zugrundelegung der heutigen Preise hat sich der Wert verdoppelt und verdreifacht. Daneben stehen in Oberschlesien die Zement- und Holzindustrie, die Holzverarbeitungsindustrie. Oberschlesien verfügt über die größten Papierfabriken Deutschlands — die chemische Industrie und die Elektroindustrie in hoher Blüte. Ihr Produktionswert kann mit rund 100 Millionen M. im Jahre angenommen werden. Angehörige Werte verleiht auch die Land- und Forstwirtschaft. Allein gegen 282000 Hektar Land sind mit Wald bestanden, der hochwertigen Grundbesitz liefert. Insgesamt zogen Reich und Staat im Frieden aus Oberschlesien mehr als 100 Millionen M. an Steuern. Die heutige Wertsteigerung aller Produkte und die Fruchtbarkeit des Geldes zugrunde gelegt, dürften die Steuereinnahmen Oberschlesiens nicht zu gering mit einer halben Milliarde im Jahre angenommen werden, ganz abgesehen von den Erträgen der Vermögensabgaben und Kriegssteuern.

Die ober-schlesische Bevölkerung gehört nicht zum polnischen Volk weder in kultureller, noch ethnographischer, noch sprachlicher Beziehung. Was heute in Oberschlesien an hoch entwickelter Kultur vorhanden ist, verdankt die Bevölkerung ausschließlich deutschem Einfluß, der seit mehr als 600 Jahren sichtbar war. Die ober-schlesischen „Polen“ sind ein slavisch-germanisches Mischvolk, das bis vor wenigen Jahrzehnten von den Hochpolen verächtlich als „Wasserpolen“ bezeichnet wurde. Die ober-schlesische Sprache ist eine allerdings mit dem Polnischen verwandte slawische Mundart, die stark mit deutschen Wörtern durchsetzt ist. Selbst äußerlich zeigen sich Weisheitsverwandtschaften. Der Pole ist schlau und von hellem Hautfarbe, der Oberschlesier von kräftigem, gedrungnen Wuchs und dunkler Hautfarbe. Eine nationalpolnische Bewegung gab es bis vor wenigen Jahrzehnten in Oberschlesien überhaupt nicht. Sie wurde künstlich von Galizien und Polen aus herbeigetragen, als man dort erkannt hatte, wie wertvoll Oberschlesien für ein künftiges polnisches Reich sein werde. Aber noch heute steht die Mehrzahl der ober-schlesischen Bevölkerung auf deutschem Boden, was die letzten Wahlen zur Nationalversammlung bewiesen haben.

Es steht fest, daß eine Abtretung Oberschlesiens an Polen der schwerste wirtschaftliche Schlag für Deutschland sein würde. Weht uns das Gebiet verloren, so sind wir wirtschaftlich völlig zugrunde gerichtet; das schon an den Grenzen Oberschlesiens in dem polnischen Kohlengebiet von Dombrowa lauernde französische Kapital wird

sich auf die ober-schlesischen Werte stützen. Die amerikanische Kommission, die vor wenigen Wochen Oberschlesien bereiste und mit Germanen sich von dem deutschen Charakter dieses Landes überzeugte, gab zu erkennen, daß sie gern bereit sei, die deutschen Interessen zu vertreten, aber Deutschland müsse sich selbst rühren und auf den Ausbruch erwidern, als habe es bereits auf dieses Gebiet verzichtet. Nur wenige Tage, vielleicht nur noch Stunden trennen uns von der Befestigung der Friedensbedingungen. Da bleibt es eine Lebensfrage für das deutsche Volk, seine Stimme zu erheben, um nicht das Wertvollste zu verlieren, was es im Bereich der feindlichen Annexionsbestrebungen besitzt.

Neues vom Tage.

Der Friedensausblick.

Berlin, 6. Mai. In der Sitzung des Friedensauschusses im Reichskanzlerministerium stellte auf eine Anfrage Reichsminister Erzberger fest, daß die Regierung einstweilen keinen Grund habe, an der jetzigen Erklärung von französischer und polnischer Seite, daß Angriffsabsichten der Polen nicht bestehen, zu zweifeln. Dem Abgeordneten O. Traub antwortete Erzberger, daß auch für die Durchführung der Kriegsjünglinge die notwendigen technischen Vorbereitungen getroffen worden seien. Reichswehrminister Fossé teilte mit, die Reichsregierung habe bei der Abschließung des Waffenstillstands erklärt, daß sie niemals der östlichen Reichsgrenzen keine Interessen verfolge. Der Befehl des Generals von der Goltz, daß sämtliche in Ostland stehende Truppenteile, auch die lettischen und baltischen, ihm unterstellt seien, sei erst nach dem Durchgang der lettischen Regierung erfolgt und habe den Zweck, derartigen Entschlüssen vorzubeugen. Sowohl die alte wie die neue Regierung und ebenso die lettischen Sozialdemokraten hätten an den General das ausdrückliche Ersuchen gerichtet, die deutschen Truppen nicht zurückzugeben, da sonst die erforderliche Sicherheit gegen räuberische Horden nicht gegeben sei. Die deutschen Truppen werden sobald als möglich zurückgezogen.

Mundgebung für Tirol.

Berlin, 6. Mai. In der Singalademie fand eine große Volksversammlung statt, die die deutsche Friedens-

Landrichter Lange.

Roman von Maria Lenzen, a b d i Edelegandi.

Franz Lange konnte nur mit vieler Mühe die Nachhut bezeugen, welche ihn bei dem in so kläglichem Maße vorgebrachten Geständnis des Alten anwandte, um mit leidlichem Ernst zu erwidern: „Nun, Vater, es ist doch immerhin ein ehrliches Handwerk!“

„Gewiß, ein Handwerk ist es, ein ehrliches Handwerk! Und in meinem Beruf fällt da auch kein falscher Lappen ab.“

„Nun, dann könnt Ihr Euch ja zufrieden geben, Vater Jans.“

„Was? Ein alter Soldat soll froh sein, Streu zu holen, während so ein fauler Teufel herumfaulenz!“

„Das tut mir leid“, versetzte der junge Lange mit großem Ernst, obwohl er die Gewohnheit des alten Jans, der unter Napoleons gegen Russen und Preußen gedient hatte, deshalb einen Vaterlandsverteidiger sich zu nennen, seine Nachhut jedesmal reizte. „Darunter darf aber Eure kranke Tochter nicht leiden. Kocht Ihr eine kräftige Suppe, damit Sie bald wieder gesund wird und Euch die ungewohnte Arbeit abnimmt. Nun muß ich aber ellen, nach Hause zu kommen, sonst trifft der Postwagen noch vor mir in Dietenbrunn ein.“

Er hatte dem Alten eine Gabe in die Hand gleiten lassen und eilte, teils aus dem angegebenen Grunde, teils um Jans Dankfugungen zu entgehen, auf dem kürzesten Wege der Stadt zu. Der Nachtwächter sah erst auf das Geldstück in seiner Hand, und dann auf den jugendlichen Geber, der schon fern unter den Büumen dahinschritt, und nicht bedrückt, während er murmelte: „Ja, die vom Stolzened haben einen heißen Raden und offene Hände. Franz ist grade wie die Mutter. Gott segne ihn.“

Der Gegenstand dieser kleinen Ständrede hatte sich wirklich soweit verhalten, daß er die Stadt erst eine gewisse Weile nach dem Eintreffen der Post erreichte. Die Zeitigen, die ihn mit derselben erwarteten und nun die Hoffnung, ihn heute noch zu sehen, auf-

gegeben hatten, begrüßten sein Erscheinen mit großer Freude. Bessere Fragen und Antworten, betreffend das Wohlbefinden der Familienmitglieder, wechselten mit den Glückwünschen zu dem ehrenvoll bestandenen juristischen Staatsexamen, mit den Eltern und Schwester die den Heimkehrenden überhäuften, bis der Vater die Frage aus sprach: „Mit welcher Gelegenheit bist du angekommen, Franz, da du die Post nicht benutzt hast?“

„Eben mit der Post, Vater. Ich konnte aber, als sie die Ecke des Stadtwaldes erreichte, in dem dumpfen Kasten nicht länger ausdauern und ging den Rest des Weges zu Fuß.“

„Eine passende Art zu reisen für den Sohn des Landrichters in Dietenbrunn“, bemerkte dieser in scharfem Tone.

„Ach, Vater, unsere Mitbürger wissen es ja, daß du wohl eine Fahrgelegenheit für deinen Sohn bezahlen kannst, und sie kennen auch die Art deines Sohnes. Ich bin überzeugt, sie hätten sich gewundert, wenn an diesem schönen Tage Franz Lange wie ein Philister bis zuletzt im Postwagen geblieben wäre.“

„Ich weiß nicht, Therese“, sagte der Landrichter, „woher dein Sohn diesen Mangel an Gefühl für das Schicksal hat. Von mir kann er es nicht ererbt haben.“

„Ehe die Mutter sich zu einem begünstigenden Worte ermutigen konnte, rief der getadelte Sohn mit weiterer Bitterkeit: „Nein, gewiß nicht, Vater, und von meiner guten Mutter ebensowenig, denn sie ist das liebste und zartfühlendste Wesen, das jemals geatmet hat. Aber wenn ich auch in diesen Neuheitsigkeiten ein wenig aus der Art geschlagen bin, im Innern, nach Weis und Gemüt, hoffe ich doch einer rechter Sohn zu sein.“

Er bot, als er so sprach, mit glückstrahlenden Blicken und so offener, liebevoller Miene beiden Eltern seine Hände, daß selbst sein stolzer Vater seiner aufrichtenden Herzlichkeit nicht zu widerstehen vermochte und verzögert in den heiteren, warmen Ton des jungen Mannes einstimmt.

„Nun bist du aber um dein Mittagbrot gekommen, Franz“, bemerkte lebhaft die Mutter.

nach einer Weile das Stubenmädchen mit dem Kaffeetisch eintrat.

„Was hat das zu bedeuten, Mütterchen, wo es so köstliches Hausbrot mit so frischem Schinken gibt?“

„Aber laßt doch Wein kommen, Therese.“

„Nein, Vater, nicht jetzt; ich dürfte nach einer Tasse ehrlichen Kaffees mit Dietenbrunn's Sohn, nachdem ich solange Zeit in Berlin ein namenloses Getrieb mit einer unerforschten, bläulichen Flüssigkeit mischen mußte, um ein schlechtes Brot hinunterzuschlucken.“

„Das Frühstück mag dir schlecht genug dort gemundet haben“, meinte Elise, „sonst aber wirst du viel Schönes gesehen und Merkwürdiges erlebt haben.“

Franz lud die Ähneln. „Was es in Berlin zu sehen gibt, Schönes und Unschönes, das können die die „Sehenswürdigkeiten Berlins“, die ich in Buchform in meinem Koffer habe, besser darlegen. Aber das interessanteste Erlebnis, mein Examen natürlich ausgenommen, wurde mir auf der Rückreise in unserem Stadtwalde zuteil.“

„In unserem Stadtwalde? Was könnte das sein?“ fragte der Landrichter.

„Es war ein Zusammentreffen mit dem alten Jans Hollmann.“

„Nun, das ist doch nichts Besonderes“, bemerkte der Vater unzufrieden. „Unser Städtchen müßte ja arm an allem Interessanten sein, an allem, was eines gebildeten Mannes Anteil erregen kann, wenn es dort nichts Bemerkenswerteres geben sollte, als eines alten Nachtwächters Geschwätz.“

„Ich muß dir recht geben, Vater, und dennoch ist es wahr, daß dieses Geschwätz einen tiefen Eindruck auf mich machte. Denn in dem Tone des sonst immer nuntern, wohlgenutten Alten vereint sich Unzufriedenheit, ja mehr als das, Sorge und Kummer.“

„Das wird keine Ursache haben“, bemerkte die Landrichterin. „Ich fürchte, Dinos Heirat hat weder ihr noch ihrem Vater Glück gebracht.“

„So gibt es noch anderes an Vater Jans Schwiegerohn zu tadeln als sein Handwerk? Es schien den Alten besonders zu verdrießen, daß der junge Mensch

anordnung aufforderte, im Verein mit den österreichischen Bevollmächtigten für die Erhaltung Südtirols für das Deutschstum einzutreten.

Der Generalkrieg.

Frankfurt a. M., 6. Mai. Das gesamte technische Personal der hiesigen Druckereien, einschließlich der Zeitungen betriebe, ist gestern mittig wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Die Arbeit wurde heute mittig wieder aufgenommen.

Braunschweig, 6. Mai. General Märker verläßt am Mittwoch Braunschweig, um sich nach Weimar zu begeben. Seine Vertretung geht auf Oberst von Reppenheim über. Auch ein Teil des Landesjägerkorps soll abtransportiert werden.

Brüssel, 6. Mai. Die Glasarbeiter in La Louviere (Belgien) sind in den Ausstand getreten und haben alle Fabriken geschlossen. Sie verlangen den achtstündigen Arbeitstag, 2 Kranken Stundenlohn und Abschaffung der Nachtarbeit.

Regano, 6. Mai. Italienische Blätter melden, in Paris nehme die Streikbewegung zu. Auch die Angestellten der Banken und der Börse sind in den Ausstand getreten.

Die Lage in München.

München, 6. Mai. Der Schriftleiter der „Noten-Zahme“, der Kommunist Kai-Günter, der noch zuletzt „Folgerwänderer“ war, ist handrechtlich erschossen worden. Dr. Kerkle vom Ministerium des Auswärtigen, der schon Eisners Revolutionsgehilfe war, ist verhaftet.

Von der Friedenskonferenz.

Verailles, 5. Mai. Auf die Anfrage der deutschen Bevollmächtigten, wann der Friedensvertrag überreicht werde, ist heute nachmittag die Antwort eingegangen, daß die Ueberreichung am Mittwoch den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Trianonpalast Hotel stattfinden werde.

Der Wortlaut des Vorfriedens wird den Vertretern der kriegführenden Mächte Dienstag nachmittag im Palais d'Orsay überreicht werden.

Verailles, 6. Mai. Gestern fand die erste Sitzung des wirtschaftlichen Ausschusses für Industrie, Rohstoffe und Blockade mit den Vertretern der alliierten und assoziierten Regierungen für Rohstoffe statt.

Paris, 6. Mai. Das „Echo de Paris“ veröffentlicht angebliche Bestimmungen des Obersten Rates über eine Volksabstimmung im österröschischen Kreis Allenstein über die Wahl für das Reich oder Polen. 14 Tage nach Friedensschluß haben alle deutschen Beamten und Truppen den Kreis zu verlassen, der von einem Völkerbundesausschuß in Verwaltung genommen wird. Der Ausschuß wird mit Hilfe Anwohner die Abstimmung vornehmen.

Paris, 6. Mai. Den österreichischen und ungarischen Friedensbevollmächtigten werden in St. Germain mehrere Gebäude zur Verfügung gestellt. Sie werden erst eintreffen, wenn die Deutschen wieder abgereist sind. Der Vertrag mit Oesterreich soll, wie verlautet eine Bestimmung enthalten, die den Anschluß Oesterreichs an Deutschland verbietet.

Der italienische Ministerpräsident Orlando wird mit Sonnabend am Mittwoch wieder in Paris eintreffen. Die Zeitungen streiten, ob die Sinnesänderung der italienischen Bevollmächtigten von sich aus erfolgt sei, oder ob Wilson und die übrigen Verbündeten sie zur Rückkehr bewogen haben. Es sei anzunehmen, daß die Stellungnahme der letzteren in der Summe jetzt eine andere sein werde.

London, 6. Mai. Der „Daily Mail“ zufolge soll Italien das Mandat über Jara und, wenn nötig, auch noch über einen anderen Punkt an der dalmatinischen Küste erhalten.

Die Friedenskonferenz hat die Unabhängigkeit Finnlands unter gewissen Bedingungen, u. a. mit einem Vorbehalt betreffs der finanziellen Verpflichtungen Rußlands, anerkannt.

Bern, 5. Mai. Nach einer Meldung der Schweiz. Dep.-Ag. hatten die Bundesbehörden schon vor Monaten sei den Alliierten beantragt, die Einfuhrbeschränkungen für die schweizerischen Industrieerzeugnisse aufzuheben oder doch zu mildern. Wider alles Erwarten ist indessen der Bescheid abermals hinausgeschoben worden, weil das totale Komitee die Frage noch der interalliierten Finanzkommission zum Bericht überwies. Der Bundesrat hat gegen die Behandlung dieser dringenden Fragen neuerdings Vorstellungen erhoben.

Die Arbeit hinter den Kulissen.

Berlin, 6. Mai. Von amerikanischer Seite wird, wie der „Germania“ aus Versailles geschrieben wird, der Versuch gemacht, in deutschen Kreisen dahin zu wirken, daß Deutschland jeden Frieden annehme, so schwer und hart er auch sein möge. Dann werde Deutschland in Wilson und Amerika hilfsbereite Freunde für die künftige Wiederaufrichtung finden. Die „Germania“ meint dazu: Diese Versprechungen sind mit Vorsicht aufzunehmen, denn man hat keine Sicherheit, wer einmal den Wechsel einlösen wird, wenn Wilson nicht mehr Präsident ist. Der Waffenstillstand ist auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons erbeten worden, die so klar sind, daß sie eine willkürliche Auslegung nicht vertragen. Wenn Wilson einen Erfolg mit nach Hause nehmen will, so möge er dafür sorgen, daß die Friedensbedingungen seinem Programm entsprechen.

Eine Drohung.

Paris, 6. Mai. Marshall Foch hat alle Erlaubnisse für die Zeit vom 5. bis 20. Mai zurückgezogen. Die Besatzungsarmee in Deutschland wird um 120.000 Mann auf Kosten Deutschlands so lange verstärkt, bis der Friedensvertrag von Deutschland angenommen und unterzeichnet ist.

Düsseldorf, 6. Mai. Die Belgier ziehen an den Rheinübergängen Truppen zusammen.

Belgien und die Friedenskonferenz.

Amsterdam, 5. Mai. Dem „Telegraaf“ zufolge versichert der Sonderkorrespondent der „Times“ in Brüssel, daß Belgien folgende Zugeständnisse gemacht worden seien: 1. 2 1/2 Milliarden Franken in Gold, zahlbar innerhalb 2 Jahren; 2. Aufhebung der Kriegsschuld Belgiens an England, Frankreich und Amerika; 3. Lieferung von 3 Millionen Tonnen Steinkohle im Jahr, bis zu einem Gesamtwert von 100 Millionen Mark durch Deutschland an Belgien für den Zeitraum von 10 Jahren; 4. Sofortige Rückgabe des von Deutschland weggenommenen Industriematerials und Viehes sowie der weggenommenen Felle und der sonstigen Jagdtiere; 5. Vertretung im Obersten Wirtschaftsrat; 6. Unterstufung der belgischen Ansprüche auf Revision des Vertrags von 1839 durch die Verbandsmächte; 7. Erlaubnis, mit Luxemburg eine Zollunion zu schließen; 8. Ausschreibung einer binnen 6 Monaten abzuhaltenden Volksabstimmung über die Einverleibung der preussischen Kreise Malmedy und Ceven mit Pöressnet und Herzogenwald; 9. Zugeständnis einer Stimme bei der Versammlung über die Mandate für die Verwaltung der deutschen Kolonien in Afrika, Belgien soll in finanzieller Beziehung das Vortrecht auf eine Summe von 2 1/2 Milliarden von der deutschen Schadenergütung und die Uebernahme der ganzen belgischen Kriegsschuld bis zu einem Gesamtwert von 5 Milliarden Franken erhalten werden.

Brüssel, 6. Mai. Der belgische Ministerpräsident sagte in einer Erklärung, die er bezüglich des Ergebnisses der Verhandlungen in Paris abgab: Wir können einer glänzenden Zukunft entgegensehen, wenn unsere Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiet erfüllt werden, wenn die Frage unserer Zuständigkeiten endgültig geregelt ist und wenn wir in einem aufrichtigen wirtschaftlichen Uebereinkommen mit Holland und Luxemburg gelangen.

Der Krieg im Osten.

Paris, 6. Mai. (Davas.) Das rumänische Preisbureau erhält aus Wien die Bestätigung des Einmarsches der alliierten Truppen in Budapest.



Der Juliussturm in Spandau, aus dem die Spartakisten angeblich 30 Millionen gestohlen haben sollen.

Amsterdam, 6. Mai. Nach einem noch nicht bestätigten drahtlosen Bericht des „Telegraaf“ soll Petersburg von finnischen Truppen erobert worden sein.

London, 6. Mai. Die „Times“ meldet aus Athen: Die kritische Zeit für die Alliierten ist jetzt vorbei. Der Hafen ist fast ganz eisfrei. Es werden Verstärkungen erwartet.

Paris, 6. Mai. (Davas. Amtlich.) Bei der Uebergabe des Vorfriedens an die Deutschen werden die Bevollmächtigten folgender Staaten zugelassen sein: Vereinigte Staaten, Großbritannien und seine Dominions, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Brasilien, Griechenland, Portugal, Rumänien, Serbien und die tschechoslowakische Republik. Auch Vertreter der Presse werden zugelassen und zwar in einer Gesamtzahl von 30 Journalisten für die Großmächte und die Dominions und 10 die Mächte, die besondere Interessen vertreten. Die deutsche Abordnung wird durch 6 Bevollmächtigte, 6 Helfer von Sekretären, und 5 Zeitungsberichterstatter vertreten sein.

Baden.

Die Auseinandersetzung mit dem Großherzoglichen Hause.

Karlsruhe, 5. Mai. Wie die Karlsruher Zig. mitteilt, trafen am Sonntag beim Notar H. in Karlsruhe Präsident von Engelberg als Bevollmächtigter des Großherzogs Friedrich von Baden, der Großherzogin Hilde und der Großherzogin Luise, Friedrich von Radnitz als Bevollmächtigter des Prinzen und der Prinzessin Mar von Baden, Minister a. D. Dr. Dübich als Pfleger der Prinzessin Maria Alexandra und Ministerialdirektor Düffner als Pfleger des Prinzen Verhold, der Staatspräsident Geig, Finanzminister Dr. Wirth und Ministerialrat Sommer als Vertreter des badischen Staatsregiments zum Hof des Hof. In der Verhandlung zwischen dem badischen Staat und dem

vormaligen Großherzoglichen Hause über die Auseinandersetzung bezüglich des Eigentums an Domänenvermögen zusammen. Um die Mittagsstunde wurde der Vertrag von den genannten Herren unterzeichnet; er tritt sofort in Kraft. Die Auseinandersetzung zwischen dem badischen Staat und dem Großh. Hause ist damit abgeschlossen.

Karlsruhe, 6. Mai. Im Haushaltsausschuß des bad. Landtags legte gestern Finanzminister Dr. Wirth den zwischen der Generaldirektion und dem bad. Eisenbahnerverband sowie dem Verband des deutschen Verkehrspersonals, Gau Baden, abgeschlossenen Tarifvertrag vor. Der Vertrag bringt für die Arbeiter nicht nur eine erhebliche Lohnsteigerung, sondern auch eine Reihe von Verbesserungen auf sozialem Gebiet. Der Tarifvertrag gilt vorläufig auf 1 Jahr mit Wirkung vom 1. März ab und kann jährlich verlängert werden bei gegenseitiger dreimonatlichem Kündigungsrecht. Der Tarif bedingt Mehrausgaben von 44 Millionen Mark jährlich, wofür eine Deckung nicht vorhanden ist. Diese Mehrausgabe muß auf Anleihe übernommen werden.

Die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich kann nur im Vertragswege erfolgen und die Regierung verpflichtet alles zu tun, um die badischen Interessen zu wahren, insbesondere soll das Recht der Verwendung des bad. Beamten- und Arbeiterpersonals im Lande, sowie die Errichtung einer bad. Generaldirektion in Karlsruhe verlangt werden.

Karlsruhe, 6. Mai. Die zum 80. Geburtstag der Großherzogin Luise in Baden veranstaltete Sammlung hat den Betrag von 102.500 Mk. ergeben. Die Stiftung soll zur Ausbildung von Krankenpflegerinnen verwendet werden.

Karlsruhe, 6. Mai. Bei einem Mechaniker wurden 6 Rufen Herzen im Wert von 3000 Mk. beschlagnahmt, da er sich über den rechtmäßigen Erwerb nicht ausweisen konnte.

Heidelberg, 6. Mai. Nach dem „Heidelb. Tagblatt“ ist in einem Lager der Militärverwaltung ein Vorrat von 1000 Zentnern Fett gefunden worden. Die Waren wurden offenbar unterschlagen, um sie im Schleichhandel abzusetzen.

Bruchsal, 6. Mai. In Münsenheim brachen vier verurteilte Verbrecher bei dem Landwirt Heinrich Schüle in der vergangenen Nacht ein. Sie verlangten unter Bedrohung der Eheleute mit Messern und einem Revolver die Herausgabe ihres Geldes. So fielen den Dieben 1300 Mk. bares Geld und mehrere tausend Mark Kriegsanleihe in die Hände.

Freiburg, 5. Mai. In den katholischen Kirchen wird auf Anordnung des Erzbischöflichen Ordinariats am 11. Mai eine Sammlung für die Fürsorgevereine abgehalten werden.

Freiburg, 5. Mai. Der am 5. Dezember in Zürich verstorbene Karl Gustav Henneberg hat der Universität Freiburg ein Kapital von 50.000 Mk. vermacht, über dessen Zinsen das Rektorat frei verfügen kann.

Mutmaßliches Wetter.

Störungen und Hochdruck halten sich gegenwärtig in Süddeutschland die Wage. Am Donnerstag und Freitag ist deshalb zwar meist trockenes und mildes, aber zu Permittiert geneigtes Wetter zu erwarten.

Württemberg.

Stuttgart, 6. Mai. (Milchknappheit.) Aus 36-40 Ertragsprozenten kommt seit Samstag nicht mehr wie bisher Milch nach Stuttgart. Es handelt sich um die Forderung eines Erzeugerpreises von 50 Pfg., die von den Bauern in jenen Ertragsprozenten gefordert werden. Durch die Anhebung einer vom Gesundheitsminister gewährten Prämie von 8 Pfg. für das Liter stellt sich gegenwärtig der Erzeugerpreis auf 40 Pfg.

Stuttgart, 6. Mai. (Unglücksfall.) Der hiesige Freiwirt Otto von Watter, bisher Leutnant im 20. Mannen-Regiment hat im Dienst durch einen tödlichen Unglücksfall mit der Waffe das Leben eingebüßt.

Stuttgart, 6. Mai. (Einbruch.) In der Nacht auf den 2. Mai wurden in der Zigarettenfabrik von Georgii u. Hart in der Staffelfstraße Zigaretten im Wert von über 14.000 Mk. gestohlen. Als Täter wurden der 20 Jahre alte Bürogehilfe Karl Spieß von Ruffenhauer und der 22 Jahre alte Schreiner Otto Schaufele von Deckenpfromm verhaftet. Die Beute ist beschlagnahmt.

Leonberg, 6. Mai. (Wahlen.) Zum Stadtpfleger wurde Karl Dübber aus Höttingen, zur Zeit Assistent bei der Stuttgarter Polizeidirektion, gewählt. — An beiden Sonntagen haben sich von den 8 Bewerbern um die Stadtschultheißenstelle 5 Kandidaten der Einwohnerschaft vorgestellt; es sind dies: Schultheiß Vachenmeier von Gerlingen, Registrator Fritz Winkler aus Stuttgart, Schultheiß Junz von Rohrer, Stadtschultheiß Gottlob Fischer von Waldenbuch und Notariatspraktikant Theophil Vosler von Waldenbuch.

Calw, 6. Mai. (Milchbeschlagnahme.) Am Freitag sind 40, am Samstag 200 Liter Milch durch die Stadt auf verschiedenen Bahnhöfen der Umgebung beschlagnahmt worden.

Vom Schwarzwald, 6. Mai. (Schlechte Aussichten.) Nach übereinstimmenden Berichten ist die Heidelbeerbünte in den tieferen Lagen erfroren. In den höheren Lagen hat die Mätszeit noch nicht begonnen.

Mulfingen, 6. Mai. (Schlechte Sparkasse.) Ein römischer Kriegsgefangener glaubte seine Ersparnisse, 125 Mk. in Papiergeld, am besten in der Scheuer seines Brodberns geborgen. Doch als er nachhause batten die Mäuse die Papierstücke total zernagt und unbrauchbar gemacht.

Neckarjulin, 6. Mai. (Streik.) Seit gestern früh steht die Gesamtarbeiterschaft einschließlich der Beamten der Neckarjuliner Fabrikwerke im Streik; ebenso die Arbeiterschaft der Zellenerzeugungswerke Carl Schmidt. Gefordert wird eine einmalige Teuerungszulage.

Gailsdorf, 6. Mai. (Der Wähe wert.) Am

lesten Freitag und Samstag ist es der Landjägerei gelungen, vier Schleichhändler Kleid im Gesamtgewicht von 152 Pfund auf dem Staatsbahnhof abzunehmen.

Ellwangen, 6. Mai. Vernünftiger Verkauf. Um den unnütigen Feistreibereien beim Holzverkauf aus dem Wege zu gehen, haben die hiesigen bürgerlichen Kollegen beschlossen, daß der Bedarf an Stamm- bzw. Langholz den hiesigen Zimmer- und Schreinermeistern und Sägmüllern ohne Ausschreibungsverfahren aus den Stadtwaldungen zu einem angemessenen Preis abgegeben wird.

Karlsruhe, 6. Mai. Der neue Tarifvertrag der bad. Generaldirektion mit dem Eisenbahnerverband und dem Verband des Deutschen Verkehrspersonals, Gau Baden, wird eine jährliche Mehransgabe von 44 Millionen Mark verursachen, die durch Anleihe aufgebracht werden sollen.

Württemb. Landesversammlung.

Stuttgart, 5. Mai.

Präsident Keil eröffnet die Sitzung um 4 Uhr. Der Abg. Hornung (U.S.P.), der als Nachfolger Crispian in die Landesversammlung eintritt, wird für legitimiert erklärt. Beratung des 1. Nachtrags zum Finanzgesetz für 1918, in dem 138 Millionen Mk. für außerordentliche Feuerungszulagen an Staatsbeamte usw. für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1919 gefordert werden.

Finanzminister Viehling: Die Restmittel betragen am 31. März 1918 rund 22 Millionen Mk.; davon wurden seither u. a. verausgabt für die Arbeiter- und Soldatenräte 352 030 Mk., für die Sicherheitskompanien 470 000 Mk.; im ganzen seien an Restmitteln noch verfügbar 20 1/2 Millionen Mk. Einschließlich der der Landesversammlung unterbreiteten Ausweise werden wir mit einem Defizit von 76 Millionen Mk. zu rechnen haben (Hört, hört!); dem stehen allerdings auch wieder gewisse höhere Einnahmen gegenüber, so bei den direkten Steuern, die einen Mehretrag von 26 Millionen Mk. einbringen werden. Auch die Posten und Telegraphen werden Mehreträge bringen. Andererseits sind aber in Rechnung zu ziehen die großen Mehrausgaben für die Erwerbslosenfürsorge, die bis jetzt einen Aufwand von 31 Millionen Mk. nötig gemacht haben, wovon 5 1/2 Millionen Mk. auf den Staat Württemberg entfallen und die auf Anleihenmittel abzurufen werden müssen. Die Regierung tut alles, um der andauernden Feuerungsengpässe entgegenzutreten; aber sie ist sich auch klar, daß an eine wirksame Senkung der Löhne und Gehälter nicht gedacht werden kann, ehe nicht die Preise für die wichtigsten Lebens- und Bedarfsartikel herabgesetzt werden können. Der Finanzminister wendet sich dann gegen den wenig anständigen, ja drohenden Ton, der neuerdings in verschiedenen Eingaben angeblasen wird.

Der Finanzminister geht über zu den Feuerungs- und Ausgleichszulagen, zu der 50 prozentigen Erhöhung des Wohnungsgelds und sagt, die Mietpreiserhöhungen haben nachgerade einen Grad erreicht, der sich nicht mehr rechtfertigen lasse und den Gemeinden zum Einschreiten Anlaß geben müsse, um willkürlichen Steigerungen entgegenzutreten. Es sei zu hoffen, daß die bevorstehenden Gemeindevahlen dem Vorwiegenden des Hausbesitzers in den Gemeindeverwaltungen ein Ende setzen werden.

Ein Ueberblick über die im Laufe des letzten Etatsjahres bis zum 31. März 1919 an die Beamten und staatlichen Arbeiter gewährten Feuerungszulagen ergibt, wie der Minister ausführte, den Gesamtbeitrag von rund 190 Millionen Mk.; im laufenden Rechnungsjahr 1919/20 werden die Feuerungszulagen voraussichtlich sogar die Höhe von 212 Millionen Mk. erreichen.

Bei der Besprechung der Rechnungsergebnisse der Eisenbahnverwaltung leitete der Minister an, daß derselbe im letzten Jahr mit einem Abmangel von 95 Millionen Mk. abschließen; auch die Post zeigt einen Abmangel von 15 Millionen Mk.

Zum Ausgleich sei geplant eine Erhöhung der Einkommensteuer und zwar werde er eine Verdoppelung derselben vorschlagen, allerdings nicht in dem Sinn, daß die bisherigen Sätze einfach mit zwei multipliziert werden, sondern auf Grund einer auf die Leistungsfähigkeit Rücksicht nehmenden Skala, die aber dem ungeheuren Bedarf des Staats Rechnung tragen müsse. Minister Viehling bezeichnet die Finanzlage im ganzen als trübe.

Abg. Villiger (Soz.): Die Einzelstaaten können sich aus der üblen Finanzlage nicht allein heraushehlen, wenn das Reich nicht zu Hilfe kommt. Die Kriegsgewinne sollen vor allem und bald herangezogen werden, ehe die Kriegsgewinne verschwunden. Auch bei der Vermögenssteuer wäre ein härterer Zugriff gerechtfertigt. Von einem Abbau der Preise sei noch nichts zu bemerken.

Finanzminister Viehling: Der bereits erfolgten Abschlagszahlung von 20 Mk. wird eine weitere Abschlagszahlung von 100 Mk. demnächst folgen. Der vorliegende Nachtrag beruht auf einer Vereinbarung zwischen dem Finanzministerium und den Beamtenvereinigungen; die letzteren haben nun aber, nachdem inzwischen der Tarifvertrag mit den Arbeitern der Eisenbahn usw. bekannt geworden ist, erklärt, daß sie sich abgewiesen an die Vereinbarung nicht mehr gebunden erachten.

Abg. Graß (Zent.): Bedauert, daß mit der Erhöhung der Kriegsgewinne bisher nichts Greifbares erreicht wurde? Angehts der Lohnzahlungen an die Arbeiter wird wohl auch nicht mehr viel zu holen sein, da das Geld in die Taschen der Arbeiter geflossen ist. Bei den Tarifverträgen verlangen wir volle Gleichberechtigung für alle Arbeiterorganisationen. Die Forderung des Abbaus der Preise gilt nicht nur für die Lebensmittel, sondern auch für die Arbeitslöhne.

Stuttgart, 6. Mai.

Eröffnung 10 Uhr. Nachtrag zum Finanzgesetz 1918. (Ausgleichszulage an Beamte).

Unterstaatssekretär Hiltner: Der neue Arbeitertarif ist nichts anderes als der Ausdruck des neuen Arbeiterrechts. Die Sätze des Tarifvertrags halten sich im Rahmen, wie in den anderen Bundesstaaten.

Abg. Scherz (D.D.P.): Die Arbeitsmarkt ist durch Regierungsmassnahmen nicht gerade stark behängt worden (Arbeitslosenunterstützung). Auf die Preisgestaltung sollte ein stärkeres Augenmerk gerichtet werden. Es ist notwendig, mit den Kriegsgewinnern aufzukommen und die Geldflut abzurufen zu müssen. Wir haben die Sorge, ob nicht auch die Erhöhung der Einkommensteuer die gewaltigen neuen Ausgaben nicht mehr decken wird, die übrigens nicht immer notwendig sind.

Abg. Ströbel (S.P.): Wir sollten nicht trauern über die, die nicht mehr wiederkehren, sondern wir sollten trauern über die traurige Zukunft. Wie sollten arbeiten; hat dessen wird geleistet. Kahl das früher 150 Mk. gekostet hat, kommt heute im Weg des Schleichhandels auf 25-30 Mk. zu stehen. Unter diesen Umständen können wir keine billigeren Nahrungsmittel herstellen. Jedes Kind weiß, daß der Staat viel teurer arbeitet als der Privatmann. Bis die Regierung kommt, wird ein großer Teil der Kriegsgewinne nicht mehr da sein. Wenn man die Preise abbauen will, dann muß man auch die Arbeitslöhne abbauen.

Abg. Löcherer (D.D.P.): Wenn die Regierung sich jetzt auf das neue Arbeiterrecht verweist, was bleibt dann das Beamtenrecht? (Laut von Graß: Es sind eben noch nicht alle Sozialdemokraten!) Nach dem neuen Tarifvertrag kann ein 20-jähriger Arbeiter 620 Mk. beantragen, während der Stationsvorsteher, der die ganze Verantwortung trägt, 1.200 bis 2.000 Mk. weniger erhält.

Abg. Graf (Z.): Ueber die Stellung Hiltners besteht noch

keine Klarheit. Wie werden uns nicht gegen den Tarifvertrag sondern gegen die Art und Form, wie er abgeschlossen werden soll. Ich glaube, die Parteizugehörigkeit des Unterstaatssekretärs hat dabei eine gewisse Rolle gespielt. Ein Zeugnis größerer Armitteligkeit und Schwäche hat noch kein Vertreter der Regierung hier abgegeben als Hiltner.

Staatspräsident Bloß: Die Stellung des Unterstaatssekretärs Hiltner datiert vom 10. November. Es wurde mir damals auch das Berichtsvermerk übertragen. Und so habe ich Herr Hiltner berufen; der Titel Unterstaatssekretär ist ihm nicht verliehen worden, sondern mehr aus einem Gebrauch entstanden. Ich habe ihm die Leitung des Berichtsministeriums und damit die Vollmacht und die Verantwortlichkeit übertragen. Das Verhältnis muß selbstverständlich geregelt werden.

Abg. Hirsch (U.S.P.): Hier im Hause hat sich niemand geäußert, der sich gegen die hohen Ausgaben für die Sicherheitskräfte ausgesprochen hat, die draußen im Volk Tausende genannt werden (Präsident Keil rügt den Ausdruck). Die Minister sollten sich die Frage zu Herzen nehmen, ob nicht auch für sie selber die Revolution eine Lohnbewegung war.

Finanzminister Viehling: Zwei Tage vor der Revolution ist von einem Herrn, der dem Abg. Graf nahe steht, angeregt worden, ob nicht ein besonderes Berichtsministerium geschaffen werden soll. Der Ton in dem Flugblatt, das die Beamten gegen die Regierung verstreut haben, muß als unehrerbeachtet werden. Die Zeitungsnachricht, als ob ich auf die Wahlen als Mitglied der Landesversammlung verzichtet hätte, ist nicht richtig.

Abg. Andre (Zent.): Mit ihrer Gewaltpolitik wird die Sozialdemokratie nicht zum Ziel kommen. Die ganze übrige Bevölkerung wird sich durch den sozialdemokratischen Terrorismus auf die Dauer nicht unterwerfen oder erweichen lassen; die sozialdemokratische Regierung wird umgeworfen, wenn ihre Worte mit ihren Taten im Widerspruch stehen. Die parlamentarische Demokratie hat die Vertreibung der Sozialdemokratie zur Folge.

Damit ist die erste Beratung des Entwurfs geschlossen. Man geht über zur 2. Lesung des ersten Nachtrags zum Finanzgesetz 1918, der sich vor allem auf die Bedürfnisse der Verkehrsanstalten bezieht, wofür 60 Millionen Mk. ausgeworfen werden sollen.

Abg. Villiger (Soz.) erhält den Bericht. Nach Ausföhrungen des Finanzministers Viehling, der Abg. Graf (Zent.), Benkert (S.P.), Dr. Wölz (D.D.P.) und Dr. Wächter (S.P.) werden die Artikel 1 und 2 nach den Anträgen des Ausschusses angenommen. — Fortsetzung Mittwoch 9 Uhr.

Die Gemeinderatswahlen in Teilmgemeinden.

Dr. Erich Schmid, Stuttgart.

Zur Lande gibt es eine Reihe von Gemeinden, die sich aus Teilmgemeinden zusammensetzen, einen Gesamtgemeinderat zu wählen haben und heute nach den neuen Vorschriften unter die Verhältniswahl fallen, weil die Gesamtgemeinde über 500 Einwohner zählt. Die Frage ist nun die, wie sich das Verhältniswahlverfahren mit der Vorschrift zusammensetzt, daß die einzelnen Teilmgemeinden im Gesamtgemeinderat ihre gleiche Vertretung finden.

Nach dem neuen Gesetz ändert sich nichts an der Gemeinderatwahl, die den einzelnen Teilmgemeinden bestimmte Sitze im Gesamtgemeinderat zuweist. Es muß also nach wie vor bei den einzureichenden Vorschlägen darauf Rücksicht genommen werden; es darf deshalb kein Wahlvorschlag von einer Teilmgemeinde mehr Kandidaten enthalten, als ihr Sitz im Gesamtgemeinderat zugewiesen ist. Enthält ein Wahlvorschlag mehr Bewerber aus einer Teilmgemeinde, als ihr Sitz in der Sitzung zugewiesen ist, so werden die Letzten bei der Zählung gestrichen.

Die Frage ist nun aber die: Wie berechne ich die Wahlen, damit die Teilmgemeinden ihre Vertretung bekommen? Man darf nicht einfach die abgegebenen Stimmzettel der einzelnen Vorschläge durchzählen, und die Sitze auf die Höchstzahlen des ganzen Vorschlages verteilen, denn da könnte es nur zu leicht vorkommen, daß Teilmgemeinden, die einer sanftmütigen Art nach auf eine genau bestimmte Anzahl Vertreter haben, ganz ausfallen, weil die Kandidaten des Wahlvorschlages, die in diesen Gemeinden wohnen, etwa wegen Stimmschwänzung anderer Kandidaten eben nicht mehr unter die Höchstzahlen fallen, die die Sitze bekommen. Deshalb muß in solchen Gemeinden von den Parteien zwar ein für alle Teilmgemeinden gleichmäßig geltender Vorschlag eingereicht werden, der von jeder Teilmgemeinde nur soviel Bewerber enthält, als die Teilmgemeinde Sitze bekommen kann, aber das Wahlergebnis wird für jede Teilmgemeinde besonders berechnet. Das also die Gesamtgemeinde Schönbühlhausen 10 Gemeinderäte zu wählen, von denen Schönhausen 4, Hochberg 2, Talheim 2, Eudingen 1 und Deburg 1 bekommt, so werden die 4 Sitze von Schönhausen beibehalten, nach dem Verhältnis der nur hier abgegebenen Stimmen verteilt, ebenso macht es Talheim und Hochberg mit den in ihren Teilmgemeinden abgegebenen Stimmen, ohne Rücksicht, wie viel in den anderen Teilmgemeinden Stimmen auf die einzelnen Zettel gefallen sind, und in Eudingen und Deburg ist wiederum derjenige gewählt, der die meisten Stimmen in seiner Teilmgemeinde bekommen hat.

D.P.G. Demokratischer Jugendtag. Am Tage vor dem Zusammentritt des Parteitag der Deutschen demokratischen Partei wird am 28. Mai in Kassel ein allgemeiner Jugendtag der Deutschen demokratischen Partei abgehalten. Auf der Tagesordnung steht ein Referat über die Jugendbewegung, ein zweites Referat über die politischen Richtlinien und eine Aussprache über Organisationsfragen.

D.P.G. Der Berliner Parteitag gegen einen Gewaltfrieden. Der Parteitag des Bezirksverbandes Berlin der Deutschen demokratischen Partei nahm am Mittwoch einstimmig eine Entschiedenheit an, in welcher es heißt, der Parteitag erklärt, daß, nachdem das deutsche Volk unter Annahme der 14 Punkte des Programms des Präsidenten Wilson die Waffen niedergelegt hat, es jetzt verpflichtet und auch gewillt ist, die aus einer ehelichen Auslegung und Ausführung dieser Programmpunkte hervorgehenden schweren Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen. Aber auch Deutschlands Feinde haben sich an diese 14 Punkte des Programms des Präsidenten Wilson verstoßen und die Erfüllung dieser Programmpunkte durch Verletzung dieser Programmpunkte das deutsche Volk zu zerschneiden und zu vergewaltigen, und jeder von ihnen beabsichtigte vertragswidrige Eingriff in inner-

deutsche Verhältnisse mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Der Parteitag fordert die Reichsregierung und die Nationalversammlung auf, nur einen Frieden der Verständigung und der Gerechtigkeit zuzulassen, durch den die sofortige Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen und die volle Gleichberechtigung Deutschlands im Völkerverbande sichergestellt ist.

Mehr Einmachzucker. Die von den Frauengruppen Groß-Stuttgart an die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei gerichtete Eingabe betr. vermehrte Zuckerteilung, die von verschiedenen Frauengruppen des Landes lebhaft unterstützt wurde, ist heute vom Ernährungsministerium dahin beantwortet worden, daß das Ministerium die Zuteilung größerer Mengen Einmachzucker, erforderlichenfalls gegen teilweisen Verzicht auf Marmeladenzucker, bei den zuständigen Reichsstellen zu erwirken sucht und den Vertreter Württembergs in Berlin beauftragt hat, mit größtem Nachdruck für die Zuteilung von Einmachzucker an Württemberg hinzuwirken.

Die Valuta. An der Basler und Züricher Börse ist der Kurs der deutschen Mark in weiteren Steigen begriffen. Der gegenwärtige Kursstand ist 45 Markzen in Holland ist der Markkurs von 117 1/2 auf 121 1/2 gestiegen.

Kaufmännischer Gewerkschaftsbund. Die künft. Landesverbände und Gliederungen der kaufmännischen Organisationen haben sich zum „Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellter-Verbände, Landesverband Württemberg“ (G. K. A.) zusammengeschlossen. Dem G. K. A. gehören an: Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband; Kaufmännischer Verein von 1858; Verband Deutscher Handlungsgehilfen; Deutscher Kaufbeamten-Verein; Verein der Deutschen Kaufleute; Kaufmännischer Verein für weibliche Angestellte in Handel und Gewerbe; Geschäftsstelle Stuttgart, Tübingerstraße.

Handwerkerfürsorge. Die staatlichen Behörden sind angewiesen worden, die handwerksmäßig herzustellenden Arbeiten vorzugsweise an Handwerkervereinigungen durch Vermittlung der Handelskammer oder ihrer Hilfsstellen zu vergeben. Dazu gehören auch die handwerksmäßig herzustellenden Arbeiten für das Militär.

Der Lohnstarif der bad. Eisenbahner gliedert die Arbeiterkategorien in drei Gruppen. Die Gruppe 1 umfaßt die gelehrten Arbeiter, die Gruppe 2 die Handarbeitergruppe 1, die weitere Gruppe die Handarbeitergruppe 2. In der Ortsgruppenverteilung wurden die vier Ortsgruppen beibehalten. Das Lohndienstalter beginnt in allen drei Kategorien mit dem 18. Lebensjahr. Der Höchstlohn ist mit 12 Dienstjahren, also mit dem 30. Lebensjahr erreicht. Die Löhne betragen bei den gelehrten Handwerkern in Ortsgruppe 1: mit dem 18. Lebensjahr in der Stunde 1.35 Mk. (im Tag 10 Mk. 80 Pfg.), mit dem 25. Lebensjahr 1.69 Mk. in der Stunde (13 Mk. 52 Pfg.), mit dem 30. Lebensjahr 2 Mk. in der Stunde (16 Mk.). Bei der Handarbeitergruppe 1 betragen die Löhne in Ortsgruppe 1: mit dem 18. Lebensjahr 1.25 Mk. in der Stunde 10 Mk. im Tag, im 25. Lebensjahr 1.54 Mk. in der Stunde 12.32 Mk., im 30. Lebensjahr 1.80 Mk. in der Stunde 14.40 Mk.; in der Handarbeitergruppe 2 beträgt der Lohn im 18. Lebensjahr 1.20 Mk. in der Stunde 9.60 Mk. im Tag, im 25. Lebensjahr 1.46 Mk. in der Stunde 11.68 Mk., im 30. Lebensjahr 1.70 Mk. in der Stunde 13.40 Mk.). In den Ortsgruppen 2, 3 und 4 sind die Löhne etwas niedriger. Neben diesen Lohnstarifen werden bis auf weiteres die für den ganzen Staatsverwaltungsbereich geltenden, in Monatsbeiträgen festgesetzten Leistungsbekanntnisse gewährt.

Keine Freigabe der Tabakernte. Nach einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums wird die Tabakernte für 1919 trotz des Bestalls der Herceystierung zunächst beschlagnahmt bleiben, um eine gleichmäßige Versorgung der Tabakindustrie zu ermöglichen. Da aber die Tabakindustrie sozialisiert wird und die Tabaksteuer der Gemeinwirtschaft angegliedert werden, so wird derzeit erwogen, ob die Sicherstellung des inländischen Tabaks nicht auf anderem Wege zu erreichen ist.

Das Leder wird teurer. Von kaufmännischer Seite wird empfohlen, Schuhabsatzleistungen baldigst ausführen zu lassen, da mit einer erheblichen Verteuerung des Leders zu rechnen sei.

Wo kommen die Zigarren hin? Trotzdem durch die Freigabe der Hercey-Zigarren Millionen der Gummibengel in den freien Verkehr übergegangen sind, werden sie immer seltener und manche Verkaufsstellen müssen schließen, weil sie keine Ware mehr aufstreifen können. Dagegen tanzt auf einmal eine Menge Kavtabak an. Das Kriegswirtschaftsamt in Berlin verweist richtig, daß zwischen dem Kausal an Zigarren und dem Ueberfluß an Kavtabak, der bis vor wenigen Wochen überhaupt nicht mehr erhältlich war, ein Zusammenhang bestehe. Ueber die Quantitäten teilt das Amt mit: Es wurde festgestellt, daß sich ein schwunghafter Schleichhandel mit Kavtabak, namentlich mit Zigarren und Zigaretten, entwickelt hat, wofür von zahlreich neu entdeckten Kavtabakfabriken unverhältnismäßig hohe Preise gezahlt werden. In diesen Fabriken wird der Kavtabak in eine angeblich aus Tabaklauge, wahrscheinlich aber aus Chemikalien bestehende Lauge gebracht und bearbeitet, bis die Zigarren 3/4 ihre Form verlieren und eine lebhafte, unvorstellbare Ware werden, die dann in Slangen gerollt wird. Und dann werden im Schleichhandel Slangen Kavtabak zu 1.50 Mk. das Stück angeboten, die höchstens 50 Pfg. wert sind. Solche Kavtabakfabriken sind wie Pilze aus der Erde geschossen. In solchen Fabriken sind erhebliche Mengen von im Schleichhandel erworbenen Kavtabak zum Nutzen der Deutschen Tabakhandels-Gesellschaft in Bremen beschlagnahmt worden. Auch im Bewußt von Reichenden werden häufig Tabak, Zigarren und Zigaretten gefunden, die im Wege des Schleichhandels ihren Weg in diese Kavtabakfabriken nehmen.

in der zwischen den einzelnen Firmen Bücher und Zeitschriften, Lehrmittel und Wandkarten ausgetauscht werden, und die Buchhändlerlehre die eine Fortbildungs- und Fachschule für Buchhändler ist. In Leipzig hat auch der Deutsche Verlegerverein seinen Sitz, der 1904 aus den Lokalverlegervereinen Leipzigs, Berlins und Stuttgarts gegründet wurde, und dem sämtliche größeren deutschen Buch- und Zeitschriftenverleger, mehr als 700, angehören. Leipzig ist der Mittelpunkt des Musikalienhandels und des Notenhandels, der in dem Verein der Deutschen Musikalienhändler ähnlich organisiert ist wie der Verlegerverein und im Deutschen Musikalien-Verlegerverein vertreten ist. Die zahlreichen Gewerbe, die mit dem Buchhandel zusammenhängen, die Buch- und Steindruckerei, Buchbinder, Schriftdrucker, Papiermacher, Notensetzer usw. haben im Jahre 1884 im Zentralverein für das gesamte Buchgewerbe ihren Mittelpunkt erhalten und besitzen ihr Heim im Deutschen Verein für Buchgewerbe und Schrifttum in Leipzig im Leinen gerufen worden, der sich die Aufgabe gestellt hat, ein deutsches Kulturmuseum für Buch und Schrift zu schaffen. Die Leipziger Kommissionäre vertreten etwa 11 000 Firmen, das sind rund 90 Prozent aller deutschen Buchhandelsfirmen, und 2888 auswärtige Verleger halten in Leipzig Auslieferungslager. Aber auch in anderer Hinsicht ist Leipzig eine Stadt der Bücher, denn es besitzt wunderbare Buchereien, so die 700 000 Bände starke Universitätsbibliothek, eine deutsche Stadtbibliothek, vorzügliche Fachbibliotheken und zwei städtische Buchhallen, denen sich eine große Anzahl öffentlicher Volksbibliotheken und Lesezimmer anschließen. In Leipzig hat die Zentralstelle für volkswirtschaftliches Buchgewerbe ihren Sitz. Auch die einzelnen Anstalten des Buchhandels- und Buchgewerbes haben ihre Bibliotheken; diese haben aber seit kurzem ihre Krönung erhalten in der am 2. September 1919 eingeweihten Deutschen Bücherhalle des Verlegervereins der deutschen Buchhändler. Dieses Folge Gebäude ist als ein Sammelplatz gedacht für das gesamte deutsche Schrifttum von 1913 an, und zwar für die gesamte deutsche und fremdsprachige Literatur des Inlands und die deutsche des Auslands. Das Haus, das für 2 Millionen Bände berechnet ist, birgt schon jetzt 150 000 Bände, und etwa 18 000 Zeitschriften laufen ein, eine Fülle, von der der Buchhandel selbst überflüssig war.

Handel und Verkehr

Kurzer Wochenbericht

Der Preisbericht des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 15. bis 28. April 1919.

Welche Preise muß Deutschland an Amerika für Lebensmittel zahlen?

Mit den Zuschlägen der staatlichen und kommunalen Wirtschaftsbehörden stellt sich das amerikanische Weizenmehl im Kleinereschleiß auf 2,14 bis 2,30 Mk. für das Pfund. Diese Preissteigerung wurde in der Presse vielfach einer scharfen Kritik unterzogen, wobei man von der Annahme ausging, daß der Einfuhrpreis für den amerikanischen Weizen etwa Mk. 1200.— und für das Weizenmehl Mk. 2000.— für die Tonne betrage. In Wirklichkeit kommt das ausländische Getreide und Mehl, zumal unter Berücksichtigung des außerordentlich schlechten Stands der deutschen Valuta jedoch noch wesentlich teurer zu stehen. Nach einer Mitteilung des Generaldirektors der Lebensmittelversorgung Hoover mußte Deutschland für die bisherigen Lieferungen nämlich folgende Preise in Tausend pro Tonne bezahlen: für Weizenmehl 20, Weizen 13,5, Roggen 12, Bohnen 29,5 bis 31, Reis 20 bis 20,5, Gerstendarm 18, Kaffeebohnen 65 bis 75, Speck 63,5, Schinken 85. Bei dem derzeitigen Dollarkurs von 13,50 bedeutet das für die Tonne Weizenmehl Mk. 2700, Weizen Mk. 1823, Roggen Mk. 1620, Bohnen Mk. 3983 bis 4185, Reis Mk. 3510 bis 3578, Getreidemehl Mk. 2430, und für das Pfund Kaffeebohnen Mk. 4,90 bis 5,06, Speck 4,29 Mk., Schinken Mk. 5,74.

In Deutschland herrscht die Absicht der Regierung an Stelle des bisherigen Zulassungssystems für die neue Getreidekontingenterfahren in Anwendung zu bringen. Dieses besteht darin, daß dem Landwirt eine bestimmte Menge zur Ablieferung vorgeschrieben wird, während er über den verbleibenden Rest frei verfügen kann.

Viehucht.

Herstellung von Warmfutter ohne Feuerung.

(Nachdruck verboten.)

In vielen landwirtschaftlichen Betrieben ist es noch Sitte, daß das Warmfutter auf dem Herde oder in großen Kesseln gebrüht oder gar gekocht wird. Es ist dies nicht nur eine mühsame, umständliche Art der Zubereitung, sondern sie erfordert auch viel Arbeit und verursacht bei den hohen Feuermittelpreisen auch ganz erhebliche Kosten. Die Zubereitung dieses Futters kann auf viel einfachere Weise ohne Ankosten vor sich gehen, indem das zur Verwendung gelangende Futter, vornehmlich Spreu, Ueberkehr, zu Häcksel geschnittenes Heu der verschiedensten Art, Kartoffeln und Rüben in gut zerleinertem Zustande in einen Bottich getan und mit so viel Wasser angefeuchtet wird, daß bei einem stärkeren Druck — es wird hierzu zweckmäßig mit einem größeren Stein beschwert, der auf einen der Bottichgröße entsprechenden Deckel gelegt wird — das Wasser die Masse vollständig durchsetzt. Um das Futter schmackhafter zu machen, kann Salz zugefügt werden. Für Mastzwecke werden Kleie, gekochte Kartoffeln oder Rüben, Mais, Schnitzel, je nach dem Stande der Mast, zugegeben. Es spielt dabei keine Rolle, ob das von vornherein oder erst vor der Verfütterung geschieht. In etwa zwei Tagen hat sich die gut gepreßte Masse völlig erwärmt; sie kann nun ohne weiteres verfüttert werden.

So zubereitetes Futter wird gern genommen. Die Hauptsache besteht aber in einer besseren Verwertung der Nährstoffe im tierischen Körper.

Zur Anfertigung einer solchen Tagesration sind zwei Kübel erforderlich, die nicht zu breit sein sollten. Es eignen sich also auch vorzüglich Formen, die, falls sie sich bequem bedienen lassen sollen, beweglich an zwei Zapfen in ein Gefäß gehängt werden können.

Die Schweine auf der Kleeerde. Gegen den Austrieb der Schweine durch die Grund geltend gemacht, daß der Klee durch das Wühlen der Tiere Schaden leide. Um diesem Uebel vorzubeugen, wird vielfach das Ringeln der Schweine empfohlen. Jedoch sollte man zu dieser Maßnahme nur im äußersten Falle schreiten, da man sehr gut ohne das Ringeln auskommen kann. Mit dem Wühlen auf den Kleeerden beginnen die Schweine am ehesten dann, wenn der Klee einen schlechten Stand zeigt oder noch nicht genügend entwickelt ist. Bei gut bestandenen Kleeerden wird kaum ein Versuch zum Wühlen von den Schweinen gemacht werden. Solche Schläge werden von den Tieren auch nicht geschätzt werden. Von Mitte Mai bis in den Herbst hinein ist ein täglich zweimaliger erfolgreicher Austrieb, und zwar vormittags und nachmittags, von je zwei Stunden Dauer anzuraten. Handelt es sich um eine Kleeerde, so muß nach Lage des Kleeeschlages alljährlich ein Wechsel stattfinden. Sollte jedoch in anderen Fällen ein Wühlen der Schweine auf der Kleeerde bemerkt werden, so ist der Austrieb bis auf eine Stunde abzulassen.

Gartenbau.

Die Heranzucht der Gemüsepflanzen. Gutes Pflanzmaterial sichert im Gemüsebau den Erfolg. Die Pflanzen müssen gesund, kräftig und abgehärtet sein. Die Heranzucht erfolgt für Frühkulturen zweifach im Mistbeet, im Spätkulturen im gewöhnlichen Mistbeet. Die Pflanzlinge werden in der Erde in der Erde, Vorbereitung ist gutes Saatgut. Im Frühjahr Pflanzen zu erhalten, was möglichst dünn ausgesät werden. Auch darf der Samen nicht zu tief in die Erde

Boden kommen, in der Regel deckt man höchstens 2 bis 3 mal soviel Erde darauf, als das Saatgut dick ist. Die Saatbeete sind unkrantfrei und gleichmäßig feucht zu halten. Mistbeetausfanten müssen reichlich gelüftet werden.

Der Anbau von Küchengrünern und dergleichen sollte in keinem einzigen Garten unterbleiben. Sie sind nicht nur als Würze für die meisten Speisen und können, richtig angewandt, einen befürchteten Erfolg für manche teuren und oft gesundheitsgefährlichen Gewürze bieten. In Frage kommen hauptsächlich: Petersilie, Dill, Bohnenkraut, Boretsch, Majoran, Thymian, Schnittlauch, Estragon usw. Die einjährigen Kräuter werden an Ort und Stelle im zeitigen Frühjahr ausgelegt. Erfrischend zu den Zwischenmahlzeiten sind auch Rettiche und Radieschen, von denen von April an in gewissen Zwischenräumen mehrere Ausläufer gemacht werden können. Neuerdings wird vielfach zu Spelzgewürzen auch Mais angebaut. Auslaß im Mai ins freie Land in Reihen von 50 Zentimeter Abstand, in den Reihen 30 Zentimeter. Empfehlenswerte Sorten sind: Triumph, Zücker-Viel und Mammuth.

Anlegung eines Spargelbeetes.

(Nachdruck verboten.)

Spargel gehört zu den feinsten Gemüsearten, die auch der vornehmteste Gaumen immer wieder gern genießt. Wer über einen Garten verfügt, der sollte es sich nicht entgehen lassen, ein Spargelbeet anzulegen. Spargel verlangt einen durchlässigen, lockeren, in bester Kultur befindlichen Boden. Die geeignete Pflanzzeit ist der April. In sehr warmen Jahren kann auch schon etwas früher damit angefangen werden. Selbstverständlich muß das Spargelbeet gut bearbeitet und gut gedüngt sein. Zu diesem Zweck gräbt man die Erde 50 Zentimeter tief aus und bringt reichlich Dünger hinein. Man bedenke immer, daß, wenn die Anlage erst einmal fertig ist, nie wieder auf dem Beet Dünger untergegraben werden kann. Darum muß man schon vorher dafür sorgen, daß der Dünger für viele Jahre ausreicht und die Pflanzen reichlich Nahrung finden. Der Dünger wird nicht in Schichten in die Erde geworfen, sondern mit ein Drittel Erde tüchtig durchmischelt. Auch die darauf kommende Erde wird wieder halb und halb mit Dünger vermischt, so daß sich in der Anlage mehr Dünger als Erde befindet. Beim Anbau der Spargelpflanzen spare man nicht. Schwächliche Pflanzen, die wohl etwas billiger sind, werden niemals eine ertragreiche Ernte geben. Das für den Spargel vorgesehene Land wird in Beete abgeteilt. Diese erhalten einen Abstand von 1,20 Meter von Mitte zu Mitte, die Pflanzgräben eine Breite von 30 Zentimeter, so daß die Zwischenräume noch eine Breite von 90 Zentimeter haben. Auf diese Zwischenräume wird die ausgehobene Erde gleichmäßig verteilt. In die Gräben werden die Pflanzen in Abständen von 60 Zentimeter gepflanzt, und die Stelle, an der eine Pflanze steht, wird durch ein Stäbchen gekennzeichnet. Die Wurzeln werden schon nach allen Seiten verteilt. Im ersten Jahr soll man die Gräben niemals vollständig zuwerfen, weil die Pflanzen noch immer Luft und Licht gebrauchen. Man fällt daher im ersten Jahr nur etwa drei Finger hoch Erde auf und schüttelt erst im nächsten Jahr Erde nach. Erst nach zwei Jahren bringt dann der Spargel die ersten Erträge. Die hervor kommenden Triebe werden an die Stäbchen befestigt und der Boden häufig vorsichtig gelockert und bei großer Dürre tüchtig begossen. Das Kraut wird erst dann abgeschritten, wenn es im Herbst steht. Erntet man dann nach zwei Jahren die ersten Spargel, so ist es gut, die Pfosten nicht zu stehen, sondern abzuheben. Auch dürfen im ersten Erntejahr nur wenig Pfosten gebrochen werden, da sonst die Pflanze noch zu sehr geschwächt wird. Erst im nächsten Jahr ist sie kräftig genug, eine volle Ernte herzugeben.

Wohnungsmangel.

Durch Verfügung des Ministeriums des Innern vom 17. April 1919 ist die Stadt Wildbad neben einer Anzahl anderer Orte des Bezirks Neuenbürg als **Gemeinde mit Wohnungsmangel** im Sinne der Verfügung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel, Staatsanzeiger vom 22. Januar 1919 Nr. 17, bestimmt worden.

Demzufolge wird auf die folgenden wichtigen Bestimmungen genannter Verfügung hingewiesen.

1. Leerstehende Wohnungen dürfen nicht zurückgehalten werden. Sie sind vielmehr beim Stadtschultheißenamt anzumelden.
2. Räume, die zu Wohnzwecken bestimmt oder benützt waren, dürfen nicht zu anderen Zwecken, insbesondere nicht zu Geschäftsräumen u. dergl. verwendet, noch in solche umgeändert werden.
3. Auf Verlangen der Gemeindebehörde müssen binnen der von ihr zu bestimmenden Frist für Wohnzwecke abgetreten werden u. a.: leerstehende Fabrikräume, Geschäftsräume, Wirtschaften, die zu Wohnzwecken verwendbar oder verwendbar zu machen sind, u. s. w.

Unter Hinweis auf die letztere Bestimmung werden die Inhaber von bisher an Kurzgäste vermieteten Wohnräumen, namentlich von entlegeneren und darum schwerer vermietbaren, wiederholt aufgefordert, die Zimmervermietung an Kurzgäste teilweise aufzugeben und ihre Wohnungen an Familien zu vermieten. Die Ausbäten für die Vermietung entlegener Wohnungen an Kurzgäste sind für heuer und die nächsten Jahre zweifellos schlecht. Die Vermietung an Familien sichert bei den jetzigen Mietzinsen weit bessere Mietserträge; hierzu kommt noch, daß die Zimmervermietungen jetzt zu hohen Preisen veräußert werden können, soweit sie nicht für später aufbewahrt werden wollen.

Ich bitte dringend, dieser Aufforderung wenn irgend möglich zu entsprechen, damit nicht zu zwangsweiser Einweisung obdachloser Familien geschritten werden muß.

Die Vermietung von Wohnungen an Familien, die von auswärts hieherziehen wollen, ist unter allen Umständen zu unterlassen.

Wildbad, den 6. Mai 1919.

Stadtschultheißenamt: Wägner.

Bekanntmachung.

Es ist Anlaß geben auf folgende Bestimmungen hinzuweisen:

§ 59 Abs. 1 der ortspolizeilichen Vorschriften vom 2. März 1910: Hausgeflügel ist so zu verwahren, daß dasselbe fremden Feldern und Gärten keinen Schaden zufügt.

Art. 34 Ziffer 1 des Polizeistrafgesetzes:

Mit Geldstrafe bis zu neun Mark wird bestraft:

wer in Zeiten der Ernte und Saat innerhalb des durch die Ortspolizeibehörde festzusetzenden und zu veröffentlichten Zeitraums seine Tauben nicht eingesperrt hält, dergleichen wer den zum Schutze des Feldbaus gegen das Hausgeflügel erlassenen ortspolizeilichen Vorschriften nicht Folge leistet."

Wildbad, den 6. Mai 1919.

Stadtschultheißenamt: Wägner.

Städt. Arbeitsamt Wildbad.

Fernsprechanschluß Nr. 140.

(Im Lebensmittelamt)

Kostenlose Stellenermittlung.

Für sofort oder später werden gesucht:

- | | |
|----------------------|--------------------------|
| a.) Männlich: | b.) Weiblich: |
| Schreiner | Basthelferinnen |
| | Köchinnen |
| | Kaffee-Köchin |
| | Haus- oder Dienstmädchen |
| | Mäherinnen |

Stellen suchen:

- | | |
|--------------------|-----------------|
| Kaufleute | Büchsenmacher |
| Köche | Bedienerinnen |
| Hoteldiener | Maschinenführer |
| Buchdrucker | Maschinenführer |
| Kellner | Maschinenführer |
| Bist | Maschinenführer |
| Friseur | Maschinenführer |
| Mechaniker | Maschinenführer |
| junger Hausbursche | Maschinenführer |
| Maler. | Maschinenführer |

Wildbad.

Freiwillige Versteigerung.

Im Auftrag der Erben des Wilhelm Friedrich Hammer, Zimmermanns hier, kommt am

Samstag, den 10. Mai 1919, nachm. 5 Uhr, das Grundstück Parz. Nr. 146 — 15 a 55 qm Wiese im Besitze mit 2 Scheuernanteilen auf dem hiesigen Rathaus zum letztenmal öffentlich zur Versteigerung.

Den 6. Mai 1919.

Not.-Prakt. Wilmann.

Aufforderung.

Die Kaufleute werden gebeten, die Zuckermarken vom Monat April umgehend abzuliefern.

Ebenso sind die leeren Zuckersäcke sofort abzugeben.

Städt. Lebensmittelamt.

Verzierung
nach jedem Bilde in allen Größen
in nur tadelloser Ausführung,
erhalten Sie bei der
Graph. Kunstanstalt
Meyle u. Müller,
Pforzheim.
Bestellungen für Wildbad und Umgebung
nimmt entgegen **G. B. Jünger,** Juwelier,
Hauptstr. 75

Korstant Wildbad.
Nadelbaum-Holz-
Verkauf.
Am Samstag den 17.
Mai 1919 vormittags 10
Uhr im Jägerhäble in Wild-
bad aus Staatswald I. Abt.
18 Hintere Rieswaldebene,
25 Rennbachhalde 26 Kohl-
steigle, 28 Kleiner Wendenstein
68 Kohlweg, 75 Botenwägen,
93 K. Wasserhof, 94 Borden-
Spreuteich, Scheidholz untere
Eiberg und Gnabst 749
Kordensbäume mit Am. 47 I.
133 II., 283 III., 190 IV.,
1 V. No. Abschnitte mit Am.
12 I., 30 II., 24 III., 18-1
Tannenstämme mit Am. 40 I.
407 II., 367 III., 196 IV.,
200 V. Ta. Abschnitte mit Am.
163 I., 83 II., 29 III., 26
Verzeichnisse von der Kreisdirek-
tion G. I. D. Stuttgart.

Turn-
Verein
Wildbad.
Heute abend 8 Uhr
Singstunde
gemischten Chor in der Linde.
Der Vorstand.
Erstklassiges
Nähmaschinen-, Fahrrad-,
Maschinen-, Boden-Deh-
Leinwand-, Treibriemen-,
Wachs-, Kond. Fett, Eisen-
bad-, Schubfett, Wagenfett,
empfehlen Wildb., Schöffler,
Schöffler.

Ein elekt.
Bügeleisen
wird zu kaufen gesucht.
Von wem, sagt die Exped. [328]

Zum
Slavierstimmen
empfiehlt sich,
Wer, sagt die Exped. [321]

